



Kassel, 8. September 2023 | Ausgabe Nr. 134

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

auf unserer Fraktionsklausur in Wiesbaden haben wir uns auf die kommenden Monate vorbereitet und uns gemeinsam mit Fachleuten über aktuelle Herausforderungen und Lösungen intensiv ausgetauscht.

Sieben Positionspapiere

Insgesamt [sieben Positionspapiere](#) zu den Themen Wohnen und Mieten, Industriestrompreis, Fachkräfte, Gesundheit und Pflege, internationale Klimapolitik, Wachstum und Petitionen haben wir als SPD-Bundestagsfraktion in Wiesbaden beschlossen. Mit den Papieren zeigen wir deutlich: Wir stehen für einen Mietenstopp, um Wohnen bezahlbar zu halten, für ein solidarisches, finanzierbares Gesundheitswesen mit einer Bürgerversicherung und für eine wettbewerbsfähige Industrie und sichere Arbeitsplätze durch einen zeitlich befristeten Industriestrompreis von 5 Cent pro Kilowattstunde.

Nach der parlamentarischen Sommerpause wollen wir mit neuer Frische und Elan das zweite Halbjahr 2023 angehen. Wir starten in die zweite Hälfte der Regierungszeit unter sozialdemokratischer Führung. Als stärkste Fraktion im Bundestag können wir selbstbewusst auf unsere Erfolge verweisen und genauso zuversichtlich die nächsten Monate angehen.

Kinderarmut bekämpfen

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut aufwächst. Deshalb haben wir bereits im vergangenen Jahr das Kindergeld auf 250 Euro ab dem ersten Kind und genauso den Kinderzuschlag angehoben. Nun wollen wir alle finanziellen Zuschüsse in der Kindergrundversicherung entbürokratisieren und bündeln, damit diese direkt bei den Familien ankommen. Wir freuen uns, dass die Bundesregierung dazu eine Einigung erzielt hat, damit wir bald in die parlamentarischen Beratungen einsteigen können.

Haushalt 2024

In dieser Woche steht überdies die 1. Lesung des Haushalts 2024 an. In den vergangenen drei Jahren haben wir mit hohen Ausgaben auf die Krisen reagiert, nun gilt es zu „haushälterischen Normalzeiten“ zurückzukehren.

Das macht die anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag herausfordernd wie seit lan-

gem nicht. Für uns gilt dabei: Investieren. Entlasten. Zusammenhalten. Die großen Zukunftsaufgaben können wir nur mit Zukunftsinvestitionen und starker sozialer Sicherheit anpacken! Für uns gehören soziale, innere und äußere Sicherheit zusammen. Sie sind elementar.

Euer



Foto © IMAGO



BUNDESHAUSHALT 2024

INVESTIEREN. ENTLASTEN. ZUSAMMENHALTEN.

Die Bundesregierung hat am 5. Juli 2023 den Haushaltsentwurf 2024 und die Finanzplanung bis 2027 beschlossen. In dieser Woche berieten wir der Haushaltsentwurf der Bundesregierung in erster Lesung im Bundestag und im Haushaltsausschuss. Verabschiedet wird der Haushalt 2024 im November. Bei den nun anstehenden Beratungen war für uns klar: soziale, innere und äußere Sicherheit sind elementar und gehören zusammen.

Die vergangenen Jahre waren Krisenjahre. Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierenden hohen Energiepreise haben uns vor enorme Herausforderungen gestellt. Deshalb haben wir viel Geld in die Hand genommen, um gut durch die Krisen zu kommen. Und das mit Erfolg! Wir haben mit drei großen Entlastungspaketen die Folgen der Krise für Bürger*innen und Unternehmen abgefedert.

Zugleich haben wir dafür gesorgt, dass niemand im Winter frieren muss, unsere energieintensiven Betriebe weiter produzieren können und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Denn wir haben mit enormem Tempo unsere Energiequellen diversifiziert, neue Energiepartnerschaften geschlossen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben.

Zugleich befinden sich die Investitionen in Deutschland auf Rekordniveau. Damit dieser Kraftakt aber gelingen konnte, haben wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes mehrmals aussetzen müssen.

Nach den Krisenjahren gilt es nun mit dem Haushalt 2024, zu den „haushälterischen Normalzeiten“ zurückzukehren. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird das Haushaltsvo-

lumen im Vergleich zum Vorjahr nicht ansteigen. Zugleich wollen und müssen wir handlungsfähig bleiben. Denn wir befinden uns mit Blick auf die aktuelle Lage – schwächelnde Konjunktur, hohe Zinsen, Inflation und geopolitische Entwicklungen – vor großen Herausforderungen.

Hinzu kommen die langfristigen Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels, der Digitalisierung sowie der demographischen Entwicklung. Damit die Rückkehr zum haushaltspolitischen Normalpfad und finanzielle Handlungsfähigkeit gemeinsam gelingen, wollen wir klare Prioritäten setzen und diese im weiteren parlamentarischen Verfahren stark machen.

Der Haushaltsentwurf 2024 sieht Ausgaben in Höhe von 445,7 Milliarden Euro vor, das sind rund ein Viertel mehr als 2019, dem Vorkrisenhaushalt. Gegenüber dem Krisenjahr 2023 sinken die Ausgaben allerdings um 30 Milliarden Euro.

Mit einer Nettokreditaufnahme von 16,6 Milliarden Euro bewegen wir uns in dem von der Schuldengrenze vorgegebenen Rahmen. Zum Vergleich: 2021 lag die Nettokreditaufnahme bei 215,4 Milliarden Euro, 2022 bei 138,9 Milliarden Euro.



BUNDESHAUSHALT 2024 – INVESTITIONEN

WEITERHIN AUF REKORDHÖHE

Der Entwurf sieht Investitionen von 54 Milliarden Euro in die Modernisierung des Landes und eine moderne Infrastruktur vor. Damit liegen die Investitionen 40 Prozent höher als 2019, vor der Corona-Pandemie. Hinzu kommen die Investitionen aus den Sondervermögen – in erster Linie aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF), der das wichtigste Finanzierungsinstrument für die Energiewende und den Klimaschutz ist.

Energieversorgung

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 und der Finanzplan bis 2027 sehen umfangreiche Mittel für die Absicherung und den Umbau der Energieversorgung vor. Eine zentrale Rolle spielt hierbei der Bau von Flüssiggasterminals, durch die Deutschland unabhängiger von einzelnen Energielieferanten wird. Der Ansatz wird hier deutlich erhöht und beträgt insgesamt 1,2 Milliarden Euro.

Verkehrsinfrastruktur

Auch die Investitionen in die Schieneninfrastruktur steigen im Vergleich zu 2023 um 2,9 Milliarden Euro auf insgesamt 12 Milliarden Euro. Die klassischen Verkehrsinvestitionen in Straßen, Schienen und Wasserstraßen betragen insgesamt 22,1 Milliarden Euro. Radverkehr und Fußverkehr als besonders klimafreundliche Formen des Individualverkehrs sollen mit 263 Millionen Euro gefördert werden.

BUNDESHAUSHALT 2024 – SOZIALES

ZUSAMMENHALT SICHERN

Soziale Gerechtigkeit ist das Fundament unserer Gesellschaft. Im Haushaltsentwurf 2024 stehen zur Finanzierung wichtiger Vorhaben zusätzliche Mittel bereit.

Bürgergeld

Mit dem Grundsatzwechsel durch die Einführung des Bürgergeldes weg vom Arbeitslosengeld II wurde ein zentrales sozialdemokratisches Vorhaben umgesetzt. Die Mittel für das Bürgergeld werden im Haushaltsentwurf um 500 Millionen Euro gegenüber 2023 erhöht.

Familien- und bildungspolitische Leistungen

Auch die Kindergelderhöhung auf 250 Euro je Kind, die der Bundestag bereits beschlossen hat, ist in diesem Haushalt vollständig abgebildet und ausfinanziert. Diese und weitere familienpolitische Leistungen sollen ab 2025 in der Kindergrundsicherung zusammengeführt werden.

Auch für das Startchancen-Programm wurde im Haushalt Vorsorge getroffen – 2024 in Höhe von 500 Millionen Euro. Insgesamt sind für die nächsten vier Jahre 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Ziel ist es, bis zu 4000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit besserer Infrastruktur, einem Chancenbudget und mehr Sozialarbeiter*innen auszustatten, um besonders sozial benachteiligte Schüler*innen zu unterstützen.

Das Elterngeld bleibt mit 8 Milliarden Euro die wichtigste gesetzliche Leistung in der Familienpolitik. Mit all diesen Vorhaben verbessern wir die Perspektiven für Kinder, Jugendliche und Familien.

Pflege- und Rentenversicherung

Wichtig ist weiter, dass es zu keinen Leistungskürzungen im Bereich der Pflegeversicherung, Gesundheitsvorsorge und der Rentenversicherung kommt. Auch erhöhen sich die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung um 5,3 Milliarden Euro. Mit insgesamt 117,2 Milliarden Euro stellt dies den größten Ausgabenbereich im Bundeshaushalt dar. 9,5 Milliarden Euro sind für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehen, die der Bund den Ländern in voller Höhe erstattet.

Wohnen

Wir stärken den sozialen Wohnungsbau, insgesamt sind 3,15 Milliarden Euro als Programmmittel vorgesehen. Denn bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, bleibt eine der großen Herausforderungen. Die Wohngeldreform schlägt sich auch hier nieder: Das Wohngeld steigt, mehr Wohngeld für mehr Haushalte – dafür sind 2,42 Milliarden Euro eingeplant.

Städtebauförderung

Die Mittel der Städtebauförderung und der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) bleiben auf hohem Niveau und werden nicht gekürzt. Für die Städtebauförderung sind erneut Programm-mittel von 790 Millionen Euro vorgesehen; die GRW wächst sogar um über 30 Millionen Euro an und wird mit 679,4 Millionen Euro gefördert.



INNERE SICHERHEIT

Auch die vielfältigen und wichtigen Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt brauchen eine gute Ausstattung. Für innere Sicherheit sind im Etat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat 6,49 Milliarden Euro vorgesehen, Schwerpunkte liegen dabei auf der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt.

Cybersicherheit

Gestärkt wird auch der Bereich der Cybersicherheit. Für den Aufbau eines ressortübergreifenden Netzwerks für Resilienz und gegen Desinformation sind erstmalig 2 Millionen Euro vorgesehen, um gezielte Falschnachrichten, Manipulationen der öffentlichen Meinung und Einflussnahme z.B. durch fremde Staaten zu bekämpfen.

Katastrophenschutz

Die Selbstbewirtschaftungsmittel für die Ortsverbände beim Technischen Hilfswerk werden im Entwurf auf sehr hohem Niveau von 48 Millionen Euro festgeschrieben – ein wichtiges Signal an die haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen im Katastrophenschutz.

Integrationsangebot

Auch wird der sehr hohe Bedarf bei den Integrationskursen gedeckt. So wird der Ansatz auf 880 Millionen Euro deutlich erhöht. Damit ist sichergestellt, dass es für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, Asylbewerber*innen und Zugewanderte aus anderen Ländern ein leistungsfähiges Integrationsangebot gibt.

Digitalisierung und Bürokratieabbau

Außerdem investieren wir weiter in die Digitalisierung und den Bürokratieabbau, um mit dem „Deutschlandtempo“ rasch und zielgerichtet die Herausforderungen im Bereich Energie, Bauen, Verkehr und Gesundheit zu bewerkstelligen. Für die weitere Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung sind moderne, digitale und aktuelle Register nötig. Im Regierungsentwurf sind dafür im BMI Mittel für den Registerzensus beim Statistischen Bundesamt und Registermodernisierung vorgesehen.

Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

fb.com/TimonGremmels
instagram.com/gremmels
twitter.com/Timon_Gremmels
linkedin.com/in/timon-gremmels



ÄUßERE SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN

Seit mehr als 18 Monaten führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Mit dem Überfall hat Russland der europäischen Friedensordnung, die wir nach dem Ende der Blockkonfrontation mühsam aufgebaut haben, einen schweren Schlag versetzt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Krieg deshalb zurecht als Zeitenwende bezeichnet, durch die sich neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen ergeben haben. Seit Kriegsausbruch unterstützen Deutschland und seine Partner in der EU und NATO die Ukraine wirtschaftlich, diplomatisch, humanitär und mit Waffenlieferungen. Durch die Zeitenwende müssen wir jedoch auch verstärkt in unsere eigene Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit investieren. Das spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf wider.

Etat des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg)

Zur Sicherung von Frieden und Stabilität stärkt die Bundesregierung die Bereiche äußere Sicherheit und Verteidigung. Mit dem Haushaltsentwurf 2024, dem Finanzplan bis 2027 und dem im vergangenen Jahr beschlossenen Sondervermögen Bundeswehr wird sichergestellt, dass ab 2024 das 2-Prozent-Ziel der NATO erreicht wird.

Der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) steigt auf 51,8 Milliarden Euro – das sind rund 1,68 Milliarden Euro mehr als 2023. Mit dem Sonderver-

mögen Bundeswehr, welches für 2024 Ausgaben von 19,1 Milliarden Euro vorsieht, sind viele kostenintensive Großprojekte nun im Sondervermögen ausreichend finanziert.

Entwicklungszusammenarbeit

Neben den Ausgaben für Verteidigung nimmt der Haushaltsentwurf auch die Entwicklungszusammenarbeit in den Blick. Die Bundesregierung stellt über 20 Milliarden Euro für öffentliche Entwicklungshilfegelder (ODA) bereit. Damit ist Deutschland weiterhin zweitgrößte Gebernation nach den USA. 2022 lag die ODA-Quote – also der Anteil der Entwicklungshilfeausgaben am Bruttoinlandsprodukt – bei 0,83 Prozent und damit deutlich über der im Koalitionsvertrag vereinbarten Quote von 0,7 Prozent.

Für das laufende Jahr würde sich nach derzeitigem Stand eine ODA-Quote von 0,81 Prozent ergeben. Auch für das kommende Jahr wollen wir unser Ziel einer verantwortungsvollen Entwicklungszusammenarbeit erreichen.

Etat des Auswärtigen Amtes

Nach einem Rekordetat von 7,48 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2023 sinkt laut Entwurf der Etat des Auswärtigen Amtes (AA) auf 6,16 Milliarden Euro – das sind rund 18 Prozent weniger. Das betrifft vor allem die finanziellen Mittel für die humanitäre Hilfe – sie verringern sich um 1,13 Milliarden Euro.

Die Absenkung ergibt sich unter anderem auch durch den Wegfall der einmaligen Erhöhung der humanitären Hilfe um 708 Millionen im Haushalt 2023. Erfreulich ist, dass das Ziel der „Kulturmilliarde“ im Bereich der ausländischen Kultur- und Bildungspolitik erfüllt wird.





GEBÄUDEENERGIEGESETZES (GEG) – HEIZUNGSGESETZ

WIR MACHEN KLIMAFREUNDLICHES HEIZEN FÜR ALLE MÖGLICH

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 ein klimaneutrales Land zu sein. Mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) machen wir uns auf den Weg, in den nächsten 20 Jahren die Wärmeversorgung klimafreundlich umzustellen.

In dieser Woche beschloss der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) – auch: Heizungsgesetz. Das GEG wird mit einer verpflichtenden und flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung (KWP) verzahnt, die parallel von der Bundesregierung im Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG) auf den Weg gebracht wird.

Der Wärmeplan muss von Kommunen über 100.000 Einwohnenden bis Mitte 2026 und für die restlichen Kommunen bis Mitte 2028 vorgelegt werden. Beide Gesetze werden ab Januar 2024 gelten.

Kommunale Wärmeplanung als Basis

Das GEG baut auf der KWP auf. Also erst wenn die Kommunen festgelegt haben, welche Gebiete mit welcher Infrastruktur versorgt werden, müssen in Bestandsgebäuden Heizungen eingebaut werden, die mit 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden (65-Prozent-EE-Vorgabe) – wenn die vorhandenen Heizungen nicht mehr reparierbar sind. Dies gibt vielen Eigentümer*innen mehr Zeit und Planungssicherheit. Für Neubauten gilt diese Vorgabe grundsätzlich bereits ab 2024. Und es bleibt dabei: Funktionierende Heizungen können weiter betrieben werden! Gehen Heizungen kaputt, können sie repariert werden.

Mieter*innen schützen

In den Verhandlungen haben wir vor allem die Mieter*innen in den Blick genommen: Dank eines allgemeinen Kostendeckels bei der Umlage der Investitionskosten eines Heizungstausches sollen sie nicht über Gebühr belastet werden.

- Vermietende können über eine neue Modernisierungsumlage Investitionskosten für den Heizungstausch in Höhe 10 Prozent auf Mieter*innen umlegen. Wenn – und das ist die Bedingung – sie die staatliche Förderung in Anspruch nehmen und diese von den umlegbaren Kosten abziehen.
- Zudem wird die maximale Erhöhung bei 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche gekappt.
- Des Weiteren sind Härtefalleinwände für Mieter*innen möglich, wenn die Umlage eine unangemessene finanzielle Härte bedeuten würde.
- Und die Umlagefähigkeit von Kosten eines Heizungstausches bei Indexmietverträgen wird beschränkt.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>

ES BLEIBT DABEI: FUNKTIONIERENDE
HEIZUNGEN KÖNNEN WEITER
BETRIEBEN WERDEN! GEHEN
HEIZUNGEN KAPUTT, KÖNNEN SIE
REPARIERT WERDEN.



FORTSETZUNG: GEBÄUDEENERGIEGESETZES (GEG)

Fördermöglichkeiten

In den Verhandlungen haben wir Ampelfraktionen und überdies auf ein Förderkonzept verständigt, das den bisherigen Regierungsentwurf weiterentwickelt und aufstockt.

- Das Konzept beinhaltet eine „Grundförderung“ von 30 Prozent für alle selbstnutzenden Eigentümer*innen, Vermietende, gemeinnützige Träger, Unternehmen und auch Kommunen.
- Hinzu kommt ein „Einkommensbonus“ von 30 Prozent zusätzlicher Förderung für selbstnutzende Eigentümer*innen mit zu versteuernden Haushaltseinkommen von bis zu 40.000 Euro. Hiervon können rund 40 Prozent der selbstnutzenden Hauseigentümer*innen profitieren.
- Zusätzlich wird die frühzeitige Umrüstung besonders alter Heizungen durch ein „Klima-Geschwindigkeitsbonus“ in Höhe von 20 Prozent belohnt.
- Grundförderung und Boni sind miteinander kombinierbar bis zu einem maximalen Fördersatz von insgesamt 70 Prozent.
- Hinzu kommt die bereits bestehende Förderung von Effizienzmaßnahmen (wie beispielsweise Fenstertausch, Dämmung, Anlagentechnik).
- Über ein Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird es die Möglichkeit geben, zinsverbilligte Darlehen mit Tilgungszuschüssen in Anspruch zu nehmen. Diese Kredite sollen möglichst allen Menschen offenstehen, die beispielsweise aufgrund von Alter oder Einkommen auf dem regulären Finanzmarkt keine Kredite erhalten würden. Der Bund stellt dafür die Übernahme des Ausfallrisikos sicher.

www.energiewechsel.de

Auf der Website **www.energiewechsel.de** informiert das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) über die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes.

Dort findet ihr:

- » Die wichtigsten Fakten und Informationen zu Umsetzungsoptionen und Förderung
- » Einen digitalen „Heizungswegweiser“ für einen ersten Überblick, ob und inwiefern die Neuerungen im GEG sie*ihn betreffen
- » Kurze Erklärfilme zum GEG
- » FAQs (digital sowie zum Download)
- » Ein Übersichtspapier „Auf einen Blick“ (zum Download) Infografiken zum GEG sowie zu den Fördermöglichkeiten

» HIER GEHT ES ZU MEINER REDE IM BUNDESTAG
ZUR ÄNDERUNG DES GEBÄUDEENERGIE-GESETZES
VOM 8. SEPTEMBER 2023.



NOVELLIERUNG DES GEBÄUDEENERGIEGESETZES (HEIZUNGSGESETZ)

ERKLÄRUNG VON

MARTIN DIEDENHOFEN & TIMON GREMMELS

DIE ZWEI ZUSTÄNDIGEN BERICHTERSTATTER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

In den Verhandlungen zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) lag unser Fokus als Berichterstatter der SPD von Anfang an darauf, dass wir am Ende ein Ergebnis haben, das dem Klimaschutz gerecht wird, den Menschen ihre Sorgen nimmt und die unterschiedlichen Lebensrealitäten vor Ort abbildet.



Foto © C. Spies

Auch wenn es auf dem Weg zum fertigen Gesetz geruckelt hat, haben wir als Abgeordnete gezeigt: Unsere parlamentarische Demokratie ist so lebendig, wie lange nicht. Einen ersten Aufschlag von Robert Habeck mit viel Luft nach oben haben wir im Bundestag umgekrempelt und zu einem Gesetz gemacht, das die Menschen wirklich mitnimmt.

Dazu gehört eine grundlegende Änderung: Das Heizungsgesetz verbinden wir mit der sogenannten kommunalen Wärmeplanung (KWP). Das bedeutet vereinfacht gesagt,

dass der Staat in Vorleistung geht: Erst müssen die Kommunen prüfen, wie die Wärmeversorgung vor Ort in Zukunft organisiert werden soll. Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohner*innen haben dafür bis zum 30. Juni 2026 und die restlichen Kommunen bis zum 30. Juni 2028 Zeit. Erst danach greifen bei bestehenden Gebäuden die Regelungen aus dem Heizungsgesetz. So schaffen wir deutlich mehr Planungssicherheit für die Menschen.

Für uns als Sozialdemokraten ist außerdem die Bezahlbarkeit besonders wichtig: Wir stärken den Schutz der Mietenden unter anderem mit einer festen Kappungsgrenze beim Heizungstausch in Höhe von 50 Cent pro Quadratmeter.

IN DEN VERHANDLUNGEN ZUR ÄNDE-
RUNG DES GEBÄUDEENERGIEGESETZES
LAG UNSER FOKUS ALS BERICHT-
ERSTATTER DER SPD VON ANFANG AN
DARAUF, DASS WIR AM ENDE EIN
ERGEBNIS HABEN, DAS DEM **KLIMA-**
SCHUTZ GERECHT WIRD, DEN
MENSCHEN IHRE SORGEN NIMMT UND
DIE UNTERSCHIEDLICHEN LEBENS-
REALITÄTEN VOR ORT ABBILDET.

Parallel dazu wird es für Hausbesitzer*innen umfangreiche Förderungen von 30 bis 70 Prozent geben. Förderfähig sind Investitionen in den Heizungstausch bis zu 30.000 Euro. Zusätzlich können Investitionen in Effizienzmaßnahmen bis zu einer Höhe von 60.000 Euro gefördert werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>

FORTSETZUNG

ERKLÄRUNG VON

MARTIN DIEDENHOFEN & TIMON GREMMELS

Des Weiteren haben wir dafür gesorgt, dass persönliche Umstände (wie etwa eine Pflegebedürftigkeit) als Härtefall anerkannt werden können. Für uns steht außer Frage: Wir lassen die Menschen nicht alleine und sorgen dafür, dass die Wärmewende in Deutschland für jeden zu schaffen ist. Niemand wird überfordert.

Um den Lebensrealitäten vor Ort gerecht zu werden, ermöglichen wir alle klimafreundlichen Heizsysteme. Denn die Wärmepumpe ergibt nicht in jedem Gebäude Sinn und auch Anschlüsse an ein Fernwärme- oder ein zukünftiges Wasserstoffnetz sind auf dem Land eher nicht zu erwarten. Deswegen sorgen wir als SPD dafür, dass als Ergänzung zu anderen Heizsystemen weiterhin nachhaltige Holzenergie ermöglicht wird.

Und dabei haben wir durchgesetzt, dass man Pelletheizungen auch im Neubau installieren darf und die zuvor vorgesehenen Kombinationspflichten entfallen. Niemand muss also zusätzlich viel Geld für eine Solarthermieanlage oder einen großen Pufferspeicher ausgeben. Unabhängig vom Heizsystem gelten für den Umbau und den Netzanschluss großzügige Übergangsfristen. Zudem ermöglichen wir auch den sogenannten Quartiersansatz. Darunter versteht man, dass mehrere Häuser gemeinsam die Vorgaben des Hei-

zungsgesetzes erreichen können. Steht also beispielsweise ein schlecht sanierbares Haus neben mehreren modernen Häusern, können sich diese Häuser "zusammentun" und so die Vorgaben erreichen.



Foto © C. Spies

Nach einer langen Diskussion rund um das Thema Heizen haben wir nun ein pragmatisches und zielführendes Gesetz, das Planbarkeit, Bezahlbarkeit und Machbarkeit in den Mittelpunkt stellt und so Klimaschutz mit sozialer Verantwortung verbindet.

WIR HABEN NUN EIN PRAGMATISCHES UND ZIELFÜHRENDES
GESETZ, DAS **PLANBARKEIT, BEZAHLBARKEIT UND MACHBARKEIT**
IN DEN MITTELPUNKT STELLT UND SO **KLIMASCHUTZ MIT**
SOZIALER VERANTWORTUNG VERBINDET.



HALBZEITBILANZ DER AMPEL 2021 – 2023

SICHERHEIT GEBEN. CHANCEN SCHAFFEN.

In einer Zeit, die durch mehrere Krisen geprägt ist, bringen wir Ampelfraktionen das Land voran. Wir haben in den ersten zwei Jahren unserer Regierungszeit mehr als 100 Projekte, Gesetze und Initiativen beschlossen und umgesetzt. Innerhalb der Ampel sind wir nicht immer einer Meinung. Und auch wenn ich mir wünschte, dass einige Streitigkeiten nicht öffentlich ausgetragen werden, fanden wir am Ende stets trag- und belastbare Kompromisse.

SICHERHEIT

GEBEN.

CHANCEN

SCHAFFEN.

Mit den Ergebnissen, die wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartner*innen erzielt haben, bin ich sehr zufrieden. Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht, von dem mehr als sechs Millionen Menschen direkt profitieren.

Wir haben ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, mit dem wir dem Fachkräftemangel in Deutschland begegnen. Und wir haben eine Ausbildungsplatzgarantie eingeführt, damit alle jungen Menschen, die an einer Ausbildung interessiert sind, auch ein Angebot und die nötige Unterstützung erhalten.

Zugleich haben wir dafür gesorgt, dass niemand im Winter frieren muss, die Betriebe weiter produzieren können und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben. Denn wir haben mit enormem Tempo unsere Energiequellen diversifiziert, neue Energiepartnerschaften geschlossen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben.



[Hier geht es zu ausführlichen Bilanz der Ampelkoalition 2021 – 2023.](#)

UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE

Der hessische Landesfeuerwehrverband in Berlin

In dieser Woche waren Vertretende der hessischen Feuerwehren zu Besuch in Berlin – und haben auch uns als Landesgruppe der hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten besucht. Dabei haben wir uns ausgetauscht über alles, was die Kamarad*innen bewegt: Von Ausstattung und Fahrzeugen bis hin zu Nachwuchskräften und Katastrophenschutz.

PS: In Hessen gibt es sieben Berufsfeuerwehren (Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt, Kassel, Offenbach, Gießen und Hanau) mit über 2.000 Feuerwehrbeamtinnen und Feuerwehrbeamten. Alle anderen Feuerwehren in Hessen sind Freiwillige Feuerwehren und werden mit Ehrenamtlichen betrieben. Insgesamt gibt es über 2.430 Orts- und Stadtteilfeuerwehren, von denen nur wenige (zusätzliche) hauptamtliche Einsatzkräfte haben.



Dialog zur Energiewende

Beim „Energiepolitischen Abend – Klar zu Energiewende, aber wie?“ der IHK Frankfurt am Main hatte ich die Gelegenheit, mit den anderen Podiumsgästen über die Energiepolitik von morgen zu sprechen – von den Herausforderungen für die regionale Wirtschaft bis hin zum energiepolitischen Fahrplan der SPD.

UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Berlinbesuch aus dem Wahlkreis

Ob Flughafen Kassel-Calden oder Parlamentarische Abläufe (von Hammelsprung bis Fraktionssitzungen): Vergangene Woche haben mir Genoss*innen und Gäste aus meinem Wahlkreis viele Fragen rund um die Themen gestellt, die sie bewegen. Vielen Dank an meine zweite BPA-Besuchsgruppe aus meinem Wahlkreis in diesem Jahr für das tolle Gespräch! Es hat mit Spaß gemacht. ... Und ein kleines Andenken an den Besuch gab es natürlich auch für meine Gäste.



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Wahlkampfauftakt in Südhessen

Ein Wochenende in Wahlkampfzeiten: Am Wochenende fand der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd statt – mit einer hervorragenden Spitzenkandidatin Nancy Faeser. Es war ein Wahlkampfauftakt mit einer noch besseren zukünftigen Ministerpräsidentin und einem motivierenden Boris Pistorius.



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE

Saskia Esken besucht Nordhessen

Ende August waren meine beiden Parteivorsitzenden Saskia Esken (Bund) und Nancy Faeser (Land) bei mir im Wahlkreis unterwegs. Mit dabei auch unsere Landtagskandidaten Esther Kalveram, Florian Schneider und Ron-Hendrik Hechelmann. Mit SMA Solar und dem Fraunhofer IEE haben wir uns zwei bundesweite entscheidende Akteure der Energiewende angeschaut. Beide sind für den Fortschritt des Ausbaus der Erneuerbaren extrem wichtig und schaffen zahlreiche gute Arbeitsplätze in der Region Kassel.



Wahlkampf mit Kevin (oben)

Ende August stellte sich unserer Generalsekretär Kevin Kühnert den Fragen des Kasseler Landtagskandidaten Ron-Hendrik Hechelmann auf dem Rudolphsplatz in Kassel. Klar, dass es im Vorderen Westen auch um das Thema bezahlbarer Wohnraum ging. Hinterher nahm sich Kevin mehr als eine Stunde Zeit, um mit den Besucher*innen ihre persönlichen Fragen zu beantworten.



Foto © anna.voelke@me.com



Bei der Frauenberatungsstelle in Baunatal

Gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin und erste Parlamentarische Geschäftsführerin unserer SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast und dem hiesigen Landtagsabgeordneten Florian Schneider besuchte ich „Frauen helfen Frauen im Landkreis Kassel e.V.“ in Baunatal, der auch das Frauenhaus des Landkreises betreibt.

UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Praxistag bei der Müllabfuhr

Die parlamentarische Sommerpause des Bundestags, ist immer eine gute Zeit, mit Menschen in den verschiedensten Berufen zusammenzukommen und sich auszutauschen.

Meine Erfahrung ist, einfach mal einen Tag lang mit anzupacken, bringt mehr als ein Power-Point-Vortrag eines Verbands. Im letzten Jahr habe ich einen LKW-Fahrer begleitet und eine Postzustellerin unterstützt. In diesem Jahr ist die Wahl auf die Müllabfuhr - besser gesagt auf die Abfallentsorgungen Kreis Kassel - gefallen.

Um sechs Uhr morgens ging's los. Die Tour führte uns nach Dörnhagen, wo wir bis 12:30 Uhr rund 750 grüne Tonnen geleert haben. Bei den Temperaturen um die 30 Grad war ich dankbar, dass es Altpapier und nicht der Biomüll war. Ein körperlich anstrengender Job. Kaum zu glauben, dass der Kollege, mit dem ich hinten auf dem Fahrzeug war, dies schon seit 37 Jahren (!) macht!

Zum Schluss gab es dann noch eine Überraschung für mich. Als MdB habe ich mich dafür eingesetzt, dass der Kreis Bundesmittel für zwei Müllfahrzeuge mit Wasserstoffantrieb bekommt. Demnächst werden diese Fahrzeuge in Dienst gestellt. Bei meiner Tour durfte ich schon mal mit einem über den Betriebshof fahren. Das riesen Müllfahrzeug ist noch leiser als mein eAuto!

Vielen Dank allen Kollegen, die mir heute spannende Eindrücke und gute Gespräche ermöglicht haben.



Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel

✉ buero@timon-gremmels.de

🏠 www.timon-gremmels.de



0561 – 700 10 52



TimonGremmels



@gremmels